

Das Striptease der Republik

François Hollande ist seit einem Jahr im Amt

Gerd Niewerth*



Als Staatspräsident François Hollande im Mai 2012 die Macht im Elysée-Palast übernahm, versprach er seinen Landsleuten den Aufbruch. Er werde Frankreich wieder aufrichten und die Menschen versöhnen, sagte er. Doch ein Jahr danach fällt die Bilanz deprimierend aus.

Un bilan mitigé

L'auteur dresse le bilan de la première année de la présidence de François Hollande, une année marquée par la crise économique et l'affaire Cahuzac. Les récentes mesures prises pour favoriser la transparence ne font guère l'unanimité. Réd.

Die Wirtschaft kommt nicht in Schwung, das ehrgeizige Sparziel wird verfehlt und die Arbeitslosigkeit hat den höchsten Wert seit 14 Jahren erreicht. Und dann stolpert ausgerechnet der Haushaltsminister über ein Schwarzgeld-Konto in der Schweiz. Noch nie in der Fünften Republik sind die Sympathiewerte eines Präsidenten so rasch und so tief gesunken wie im Fall Hollande.

Eine Mitte April veröffentlichte Umfrage des Instituts BVA untermauert den alarmierenden Ansehensverlust des Präsidenten. Danach hält eine klare Mehrheit der Franzosen (62 %) ihren Staatschef angesichts der schweren Wirtschaftskrise für schlichtweg „inkompetent“. Auf der von 0 bis 20 reichenden Punkteskala geben sie ihm lediglich die magere Note 7, jeder fünfte Franzose bewertet sein Staatsoberhaupt gar mit einer 0. Auf die Frage, ob Amtsvorgänger Nicolas Sarkozy die Sache besser gemacht hätte, antworten 54 % der Befragten mit Ja und nur noch 43 % mit Nein.

Dabei hatte François Hollande im Wahlkampf doch so viel Schönes versprochen. Zum Beispiel eine „*République exemplaire*“, eine mustergültige,

tugendhafte Republik. Um seine Landsleute auf die kommenden mageren Jahre einzustimmen und mitzunehmen, ging der Präsident mit gutem Beispiel voran. Gleich in der ersten Kabinettsitzung kündigte er an, sein Gehalt und das seiner Ministerriege um 30 % zu kürzen. Ein symbolischer Akt, dem ähnliche Gesten folgen sollten. So benutzte er für die Anreise zum EU-Gipfel in Brüssel nicht mehr die Präsidentenmaschine, sondern begnügte sich mit dem Zug. Als Frankreichs Kinolegende Gérard Depardieu aus Protest gegen die geplante 75-Prozent-Reichensteuer ankündigte, seinen Wohnsitz nach Belgien zu verlegen, prangerte Premierminister Jean-Marc Ayrault die Steuerflucht des Schauspielers (geschätztes Vermögen: ca. 90 Millionen Euro) als „*erbärmlich*“ an.

Die Cahuzac-Affäre

Die Sympathiewerte sind längst im Keller (bei 26 %), da stürzt die haarsträubende Causa Cahuzac den ohnehin schon angeschlagenen Präsidenten in die schwerste Krise seiner Amtszeit. Ausgerechnet seinem Haushaltsminister Jérôme Cahuzac, einem ehemaligen Schönheitschirurgen, wird nachgewiesen, dass er schon vor 20 Jahren am französischen Fiskus vorbei 600 000 Euro auf ein geheimes Konto in der Schweiz geschafft hatte. Der auf investigativen Journalismus spezialisierte Internetdienst *Mediapart* hatte die Story bereits im vergangenen Dezember enthüllt, aber Cahuzac verwies die Vorwürfe beharrlich ins Reich

* Gerd Niewerth ist Korrespondent der *Westdeutschen Allgemeinen Zeitung* (WAZ) in Paris.

der Fabel. Doch am Ende stellte sich heraus, dass Monsieur Cahuzac alle belogen hatte: das Parlament, den Premier und seinen Präsidenten. „*Ich steckte fest in einer Lügenspirale*“, rechtfertigt der zurückgetretene Skandalminister sein verwerfliches Tun und bittet seitdem um Verzeihung. „*Ich bin tief betroffen, verletzt von dieser Affäre und werde unnachgiebig dagegen vorgehen*“, kündigte hingegen der pikirierte und angeschlagene Präsident an.

Kaum war der Schwarzgeld-Skandal in der Welt, sorgten neue Mutmaßungen für Schlagzeilen. Etwa: Hatte Finanzminister Pierre Moscovici seine schützende Hand über den Parteifreund gehalten? Oder: Haben Ayrault und Hollande wirklich nichts gewusst? Als dann auch noch bekannt wurde, dass Hollandes vermöglicher Wahlkampf-Schatzmeister Jean-Jacques Augier Briefkastenfirmen auf den als Steueroase bekannten Kaiman-Inseln unterhält, machte sich das Staatsoberhaupt abermals zum Gespött. Dass sich die Schadenfreude in den Reihen der konservativen Opposition trotz der schweren Erschütterungen im sozialistischen Präsidentenlager in Grenzen hält, kommt nicht von ungefähr. Denn gegen Hollandes Vorgänger Nicolas Sarkozy läuft im Zusammenhang mit der Bettencourt-Affäre ebenfalls ein peinliches Ermittlungsverfahren. Es besteht der Verdacht, der Spitzenpolitiker habe 2007 die Schwäche der hochbetagten L'Oréal-Erbin Liliane Bettencourt ausgenutzt und illegale Wahlkampfspenden kassiert. Damit nicht genug: Auch die Direktorin des Weltwährungsfonds (IWF) Christine Lagarde, zuvor Finanzministerin unter Sarkozy, ist ins Gerede gekommen. Weil sie in der Adidas-Affäre den schillernden Geschäftsmann Bernard Tapie möglicherweise bevorzugt hat, durchsuchten Fahnder im März ihre Pariser Wohnung.

Politikverdrossenheit

Frankreich steckt nicht nur in einer tiefen Wirtschaftskrise, sondern auch in einer schweren Vertrauenskrise. Eine, die sich nicht nur gegen den amtierenden Präsidenten und die sogenannte Kaviar-Linke, sondern gegen das gesamte politische Establishment zu richten droht. Eine Kaste,

die – egal ob linker oder konservativer Couleur – an den Eliteschulen des Landes ausgebildet wird und die Schlüsselstellen in Politik, Wirtschaft und Justiz untereinander aufzuteilen versteht. Nutznießer der zunehmenden Politikverdrossenheit sind Leute wie der linke Volkstribun Jean-Luc Mélenchon und die rechtsextremistische Populistin Marine Le Pen, die vor einem Jahr in Runde eins der *Présidentielle* zusammen fast 30 % der Stimmen erzielten. Außenminister Laurent Fabius brachte die Dimension der Causa Cahuzac auf den Punkt. Die Wirkung sei „*verheerend*“, weil die französischen Wähler nun schlussfolgern würden, dass alle Politiker „*verdorben*“ seien.

Die ernste Malaise, unter der die zweitgrößte Volkswirtschaft in der EU leidet, ruft nach einer gründlichen Therapie. Eigentlich hatte Hollande die Neuverschuldung 2013 auf die von Brüssel vorgeschriebene 3-Prozent-Marke herunterdrücken wollen. Doch angesichts des niedrigen Wirtschaftswachstums von wohl nur 0,2 % räumte die Regierung notgedrungen ein, ihr Sparziel zu verfehlen. Realistisch ist nun ein Defizit von 3,7 %.

Unterdessen wird der Präsident nicht müde zu betonen, dass die Bekämpfung der Rekord-Arbeitslosigkeit und die schnelle Umkehr der Kurve sein vorrangiges Ziel blieben. Im großen Fernsehinterview Ende März prägte Hollande das Bild von der „*caisse à outils*“ (Werkzeugkiste), mit deren Hilfe er die Wirtschaft auf Wachstumskurs trimmen werde. „*Die Instrumente sind da, sie müssen nur benutzt werden*“, dozierte er. Doch die Wirkung, die er mit dieser Botschaft zu erzielen beabsichtigte, wollte sich nicht einstellen. Im Gegenteil. Aktuelle Karikaturen bilden den Präsidenten seitdem nicht etwa als klugen und weit-sichtigen Baumeister ab, sondern als einen unprofessionellen, ja lächerlichen *Do-it-yourself*-Typen, der im dunkelblauen Blaumann ohne Plan drauflos experimentiert. Laut BVA-Umfrage finden inzwischen 72 % (Januar: 43 %), dass es dem Präsidenten nicht gelingt, den Menschen seine Politik begreiflich zu machen.

Die knifflige Frage, wie Frankreichs Wirtschaft endlich wieder fit und wettbewerbsfähig gemacht werden soll, sorgt für aufgeregte Debatten – und zunehmend sogar für Zerwürfnisse im Regierungslager. Was denn nun? Zuerst Sparen und



dann Wachstum? Oder umgekehrt: Zuerst Wachstum und danach den Gürtel enger schnallen? Oder beides gleichzeitig? Damit eng verbunden ist die Frage, zu welchem Lager Frankreich innerhalb der EU eigentlich gehört: zu jenem der Südländer, die munter Geld ausgeben, auch solches, das sie gar nicht besitzen? Oder zum sparsamen, schlanken und von Merkel-Deutschland angeführten Nord-Klub? Industrieminister Arnaud Montebourg, ein Repräsentant der Parteilinken, gehörte zu den ersten, die die Debatte über *rigueur* und *austérité* entfachten. Eine Sparpolitik, „die das Wachstum tötet“, so der Sozialist, sei „absurd und gefährlich“. Rückendeckung erhält Montebourg durch einen Aufruf, den 30 Abgeordnete des *Parti Socialiste* Mitte April unterzeichneten. Darin appellieren sie an den Präsidenten, „endlich“ und „in freundschaftlicher Spannung“ die Auseinandersetzung mit der deutschen Bundeskanzlerin zu suchen. Der eiserne Sparkurs Merkels, so klagen sie an, fahre „Europa gegen die Wand“. François Hollande versucht, sowohl zu sparen und den Haushalt zu sanieren, als auch Anreize für mehr Wachstum zu geben. Allerdings wächst im Regierungslager die Ungeduld. Dem im Sommer 2012 auf Drängen Hollandes in Brüssel beschlossenen EU-Wachstumspakt, so parteiinterne Kritiker, seien keinerlei Taten gefolgt. Sie fragen: „Was ist aus den 120 Milliarden Euro geworden?“

Um den dramatischen Vertrauensschwund nach der Cahuzac-Affäre zu bekämpfen, hat der angeschlagene Präsident seine Minister dazu verdonnert, ihre Vermögensverhältnisse offenzulegen. Immobilien, Lebensversicherungen, Aktien, Fahrzeuge, Bargeld, Schmuck – alle Karten mussten plötzlich auf den Tisch. So viel verblüffende Offenheit hat es in der Geschichte der Fünften Republik noch nicht gegeben. Kaum war das gewagte Vorhaben angekündigt, da hatten bereits

die ersten Minister freiwillig ihre Karten aufgedeckt. Während die beliebte grüne Städtebauministerin Cécile Duflot einen zehn Jahre alten *Twingo* (Wert: ca. 1 500 Euro) sowie ein Haus in der Provinz angibt, beziffert der grüne Entwicklungsminister sein Vermögen immerhin auf stolze 600 000 Euro. Die sozialistische Ministerin Marie-Arlette Carlotti besitzt drei Immobilien, deren Wert sich auf ebenfalls 600 000 Euro addiert.

Transparenz allein reicht nicht

Was viele Franzosen längst geahnt hatten, dass nämlich „links und reich sein“ kein Widerspruch sein muss, bekommen sie auf der Internetseite www.gouvernement.fr nun schwarz auf weiß bestätigt. Und zwar mehrfach: Der wohlhabendste unter den 38 Regierungsgliedern ist Außenminister Laurent Fabius mit 6 Millionen Euro, dicht gefolgt von der beigeordneten Ministerin für Senioren Michèle Delaunay (5,4 Millionen). Weitere Millionäre am Kabinettsstisch sind Arbeitsminister Michel Sapin (2 Millionen), Premierminister Jean-Marc Ayrault (1,4) sowie George Pau-Langevin (Staatssekretärin für Bildungserfolg), Valérie Fourneyron (Jugendministerin) und Vicotrin Lurel (Übersee-Minister). Kurios: Justizministerin Christine Taubira führte neben ihrem bescheidenen Immobilienbesitz auch drei Drahtesel auf.

Das Echo auf Hollandes Tabu-Bruch fällt sehr unterschiedlich aus. Die konservative Opposition tat die Offenlegung ab als „Ablenkungsmanöver“ und „Voyeurismus“. Und der konservative *Figaro* titelte: „Le strip-tease de la République“. Soll die „Transparenz-Initiative“ des Präsidenten kein Strohhalm bleiben, muss er weitere Reformschritte, insbesondere strukturelle, folgen lassen.